

KOMMENTAR

Ein Grund zum Feiern

Vor 20 Jahren wurde die deutsche Einheit besiegelt – eine Bilanz

Von Ulrich Steudel

Jugendliche, die in diesem Sommer ihr Abitur abgelegt haben, kennen den Eisernen Vorhang nur aus den Geschichtsbüchern. Ja, so lange sind wir nun schon wieder ein Volk, dass es für die jungen Deutschen das Normalste von der Welt ist. Und das ist gut so. Die Älteren unter uns haben noch eine andere Welt kennengelernt – eine Welt, geprägt vom Kalten Krieg, dessen Frontlinie mitten durch Deutschland verlief. Geteilt von einer Grenze, an der die Unfreiheit mit Waffengewalt bewacht wurde. Doch diese Zeiten sind vorbei. Vor 20 Jahren, als am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit besiegelt wurde, begann eine neue Zeitrechnung. Das bevorstehende Jubiläum ist ein Grund zum Feiern – trotz der Probleme, die die Wiedervereinigung mit sich gebracht hat, trotz aller Enttäuschungen, die vielen Ostdeutschen nicht erspart geblieben sind. Ihnen sei in Erinnerung gerufen, was die deutsche Gesellschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten geleistet hat: Seit 1991 zahlen alle Deutschen einen Solidaritätszuschlag, um die enormen Kosten der Einheit mitzufinanzieren. Allein in diesem Jahr werden elf Milliarden Euro zusammenkommen. Zwischen 1995 und 2004 sind rund 94,5 Milliarden Euro im Rahmen des ersten Solidarpaktes in

den Aufbau der neuen Bundesländer investiert worden. Weitere 156,5 Milliarden Euro werden durch den Solidarpakt II bis 2019 fließen. Die Früchte dieser gemeinsamen Kraftanstrengung sind überall sichtbar und gerade für das Handwerk ein Segen. Aus Schlaglochpisten ist ein intaktes Straßennetz entstanden, so dass Westdeutsche mitunter neidvoll nach Osten blicken. Viele Innenstädte wurden saniert, historische Bausubstanz wurde vor dem Verfall bewahrt. Und sogar ein altes Versprechen Erich Honeckers, das er selbst hätte nie halten können, wurde eingelöst: Im Jahr 2000 gab es in Ostdeutschland keine Wohnungsnot mehr, viele Familien haben sich sogar den Traum vom eigenen Häuschen verwirklicht. Bei all den Erfolgsmeldungen darf aber nicht verschwiegen werden, dass viele Ostdeutsche sich nicht zu den Gewinnen der Wiedervereinigung zählen. Arbeitslosenquoten von bis zu 20 Prozent lassen enttäuschte Menschen zurück, die an der neuen Freiheit zweifeln, sich vom Staat im Stich gelassen fühlen oder sich gar die Geborgenheit des DDR-Alltags zurückwünschen. Andere, vor allem junge Menschen, ziehen einfach weg. Das ist besonders schade. Denn wenn der Aufbau Ost zukunftsfähig bleiben soll, dann bedarf es vor allem einer Jugend, die ihrer Heimat nicht den Rücken kehrt.

PRO & CONTRA

Mietrechtsänderung für Gebäudesanierung?

Diskussion um Kostenbeteiligung bei der Erneuerung

PRO Der Entwurf des Energiekonzeptes der Bundesregierung formuliert Kernelemente einer Modernisierungsoffensive für Gebäude, ausdrücklich auch für den Wohnungsbestand. So soll mit der Novelle der Energieeinsparverordnung 2012 der

CONTRA Wir brauchen keine Mietrechtsänderungen und Verschlechterungen, um die Gebäudesanierung voranzutreiben. Die derzeit kursierenden Änderungsvorschläge für das Mietrecht machen wenig Sinn und gehen an



Andreas Stütcke, Generalsekretär von Haus & Grund Deutschland.



Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB).

Standard Nullmission für alle Gebäude eingeführt werden, und zwar bis zum Jahr 2050. Dieser Standard ist für eine Vielzahl von Wohngebäuden insbesondere in innerstädtischen Lagen technisch nicht realisierbar. Darüber hinaus ist Nullmission nicht wirtschaftlich umsetzbar und vor dem Hintergrund der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes folglich rechtlich unzulässig. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn so viele Gebäude wie technisch möglich nach und nach auf den Standard modernisiert würden, der in der Energie-

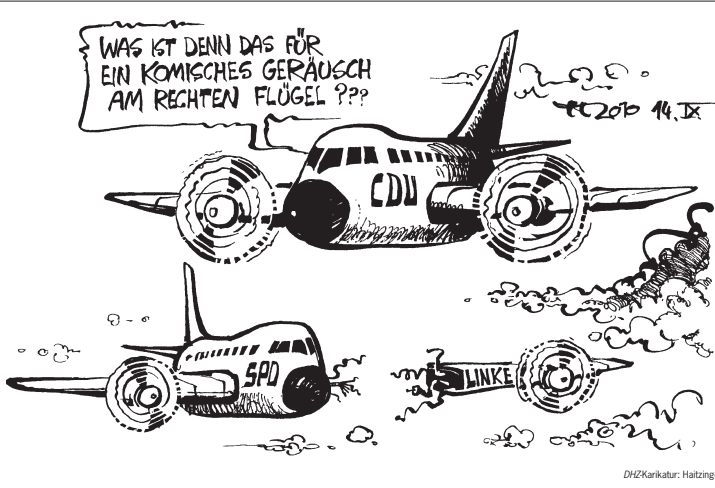
der Problematik der Sanierung weitgehend vorbei. Wer Duldungspflichten für Mieter erweitern will, kennt offensichtlich die aktuelle Gesetzeslage nicht. Danach entscheidet allein der Vermieter, ob, wann und wie viel modernisiert werden wird. Der Mieter wird nicht gefragt. Er kann nur in besonderen Härtefällen widersprechen. Hier gibt es kaum Rechte, die Mietern noch beschnitten werden könnten. Mit der Forderung nach Abschaffung des Mietminderungsrechts bei Baumaßnahmen zur energetischen Sanierung wird verkannt, dass Minderungsrechte im gesamten

„Die Sanierungsquote ist ohne eine Änderung des Mietrechts nicht erreichbar.“

„Es gibt kaum Rechte, die Mietern noch beschnitten werden könnten.“

einsparverordnung 2009 festgelegt ist. Leider ist selbst dieses Ziel heute nur in seltenen Fällen wirtschaftlich zu erreichen. Eine weitere Hürde bei der energetischen Modernisierung des vermieteten Gebäudebestandes ist das Mietrecht. Diese Modernisierungen scheinen zunächst an Mietern, die diese Maßnahmen nicht dulden wollen. Ist diese Hürde überwunden, greifen komplizierte Normen, die Modernisierungs- und Mietminderungsmaßnahmen verhindern. Und schließlich werden potenzielle Investitionen durch Mietminderungsrechte in der Phase des Umbaus demotiviert. Eine Novellierung des Mietrechts ist dringend geboten. Ansonsten sind die von der Bundesregierung im Energiekonzept angestrebten zwei Prozent Sanierungsquote nicht im Entferntesten zu erreichen.

Zivilrecht gelten. Außerdem mindern Mieter die Miete nicht, weil modernisiert wird, sondern weil sie mit Lärm, Dreck, abgestellten Heizungen oder Einrüstungen konfrontiert werden. Aus meiner Sicht wird sich auch kein Eigentümer bei einer Modernisierungsinvestition von mehreren 100.000 Euro von einem Mietminderungsrecht abschrecken lassen. Wenn tatsächlich zwei Mietparteien die Miete einen Monat um 20 Prozent kürzen, dann wären das 240 Euro. Wer Gebäudesanierungen will, muss Vorgaben machen, bis wann welcher energetische Zustand erreicht werden soll – wie es die Regierung jetzt tut. Gleichzeitig müssen die Fördermittel, etwa für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, aufgestockt und nicht gekürzt werden. Wir brauchen etwa drei bis fünf Milliarden Euro im Jahr.



DHZ-Karikatur: Haltzinger

LEITARTIKEL

Zukunft braucht Energie

Energiekonzept der Bundesregierung liefert Stoff für Diskussionen

Von Lothar Semper

Bei weiter steigender Weltbevölkerung und zunehmendem Energiehunger wird immer mehr zur Schlüsselfrage: Wie sieht die Energieversorgung der Zukunft aus? Öl, Gas und Kohle – so viel ist sicher – werden früher oder später zur Neige gehen. Und je knapper sie werden, umso stärker wird sich dies in den Preisen niederschlagen. Für Deutschland will auf diese Schlüsselfrage aktuell die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept Antworten geben. Dies ist sicherlich richtig und wichtig. Aber die Kernfragen der Energieversorgung dieser Welt verlangen wohl auch zumindest europaweit oder besser noch weltweit abgestimmte Antworten. So ist es ein richtiger Ansatz, die Sonnenenergie dort zu nutzen, wo sie am meisten Ertrag verspricht. Das Projekt „Deserte“ kann jedoch nur gelingen, wenn die Partner auf Verlässlichkeit setzen können und nicht Erpressbarkeit befürchten müssen.



Foto: UDBJ

Internationale Aufgabe

Die Menschheit wird lernen und akzeptieren müssen, dass die Energieversorgung der Zukunft nur gemeinsam zu schultern ist. Dennoch aber ist es zweifellos gut, dass auch Deutschland sich positioniert. Die Eckwerte des Energiekonzeptes weisen durchaus in die richtige Richtung – ungeachtet der Diskussionen darum, wie nun der Kom-

promiss um die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke zustande gekommen ist. Als Übergangslösung kann man auf diese Energieform nicht verzichten. Es ist sicherlich nicht verkehrt, Zusatzgewinne aus Laufzeitverlängerungen für die Forschung im Bereich Energieeffizienz abzuschöpfen. Sie lediglich zur Haushaltskonsolidierung einsetzen zu wollen, muss aber strikt abgelehnt werden. Die billigste Energie wiederum ist die, die nicht gebraucht wird. Und hier ist Deutschland ohne Zweifel auf einem guten Weg. Unser Land geht bereits jetzt mit Energie effizienter um als die meisten anderen Staaten. Mit derselben Menge an Energie kann heute erheblich mehr an Gütern und Dienstleistungen erbracht werden als vor einigen Jahrzehnten. Die Einsparpotenziale sind bei Weitem

noch nicht ausgeschöpft. Ob man allerdings allen Immobilienbesitzern ein Nullmissionshaus auf Auge drücken kann, ist dann wiederum doch zu zweifeln. Auch in Energiefragen müssen Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Der Staat kann mit Fördermaßnahmen aber einiges dazu beitragen, um das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Energiesparmaßnahmen zu verbessern. Nun könnte man fragen: Ist das Aufgabende des Staates? Hier gilt wohl ein eindeutiges Ja, zumal sich nur in wenigen anderen Bereichen staatliche Förderung derart rentiert wie beispielsweise bei der Gebäudesanierung. Denn den staatlichen Anreizen folgen private Investitionen in mehrfacher Höhe. Dies kommt zudem auch dem Handwerk zugute und sichert und steigert hier Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

„Aus der Brücke wird ein Umweg“

DHZ-Gespräch mit Ingolf Jakobi über das Energiekonzept der Bundesregierung und drohende Gefahren fürs Elektrohandwerk

Interview: Frank Muck

DHZ: Ist das Energiekonzept der Bundesregierung aus Ihrer Sicht ein Erfolg?

Jakobi: Die Ziele lesen sich sehr gut, doch ich glaube nicht, dass man sie mit diesem Papier wird erreichen können. Wir meinen, dass die Schwerpunkte nicht richtig gesetzt sind und so droht aus der „Brücke“ Kernkraft ein Umweg zu werden. Versorgungssicherheit ist zwar wichtig, aber man hätte auf dezentrale Energieversorgung mehr Wert legen müssen. Mit diesem Dokument hat man stattdessen das Oligopol der vier großen Versorger gestärkt.

DHZ: Was bedeutet die Laufzeitverlängerung konkret für die Elektrohandwerke?

Jakobi: Das Interesse an moderner Gebäudetechnik ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Das Thema „erneuerbare Energien“ ist bei den Kunden angekommen. Ein Motiv sind die Energiepreise. Solarstrom ist aus dem Geschäftsalltag von mehr als einem Drittel elektrotechnischer Handwerksbetriebe nicht mehr wegzudenken. Auch die

Wärmepumpe ist inzwischen ein wichtiges Standbein für die Branche. Zusätzlich hat die Energieart Strom in den letzten Jahren durch die Erzeugung mittels regenerativer Quellen einen Imagewandel erlebt. Dieser Wandel zur „Edelenergie“ hilft unserer Branche und bringt Verbraucher dazu, auf erneuerbare Energien zu setzen. Mit der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke wird das Interesse daran wieder sinken.

DHZ: Was wäre aus Sicht der Elektrohandwerke ein zukunftsweisendes Energiekonzept?

Jakobi: Der Fokus muss stärker auf die dezentrale Energieversorgung ausgerichtet sein. Darüber hinaus brauchen alle Beteiligten faire Marktchancen, damit die angestrebten Energiedienstleistungen wirklich beim Kunden ankommen. Das setzt vor allem Gespräche mit allen Marktteilnehmern voraus. Es war nicht richtig, allein die vier großen Energieversorger an den Tisch zu holen. Eine Beteiligung kleinerer Versorger und des Handwerks wäre sinnvoller gewesen, denn die Umsetzung der klimapolitischen Ziele steht und fällt mit den gebäudetechnischen



Ingolf Jakobi, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke.

Handwerken. Sie bringen zum Beispiel seit Mitte der 90er Jahre Erfahrung auf dem Gebiet der Energie- und Stromspar-Checks mit. Im Konzept ist sogar die Rede davon, dass man für die Handwerke Qualifizierungsformaldehyde sieht und dass Ausbildungsordnungen neu geschrieben werden sollen. Man hat also erkannt, dass das Konzept ohne das Handwerk nicht zu realisieren ist, hat aber nicht mit uns geredet.

DHZ: Ist der Qualifizierungsbedarf der gebäudetechnischen Handwerke tatsächlich noch so groß?

Jakobi: Der ZVEH hat mit der Sonderchau „Das E-Haus“ auf mehreren Messen – Internationale Handwerksmesse, Light-Building und IFA – in diesem Jahr eindrucksvoll bewiesen,

MEINUNG VON TORSTEN SCHUMACHER

Führung zeigen

Wichtiger Wettbewerbsfaktor



Torsten Schumacher ist geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensberatung schumacher & bauermanns, the company companions.

Benötigen wir mehr Führung? Haben wir gar eine Führungskrise? Nahezu jeder, der in Richtung Politik schaut, wird diese Fragen klar bejahen. Nun ist es ein Leichtes, von anderen mehr Führungsstärke zu fordern. Wir sollten uns aber zunächst fragen, wie es um unsere eigene Führungsleistung bestellt ist. Für die meisten mittelständischen Unternehmen gilt: Sie sind auf der ständigen Suche nach neuen und besseren Produkten oder Dienstleistungen, wirkungsvoller Marktbearbeitung, ausgeklügelten Marketingaktionen, technologischen Sprüngen oder sie unternehmen schweißtreibende Kostenkürzungsanstrengungen. Alles sicherlich wertvoll. Das wichtigste Feld zur Differenzierung im Wettbewerb liegt jedoch weitgehend brach: Es ist die Frage, wie ein Unternehmen geführt wird. Ein schlagkräftiger Blick auf die wichtigsten Führungsaufgaben: Orientierung geben: Wo steht Ihr Unternehmen in zehn Jahren? Was ist der Daseinszweck Ihrer Organisation? Und: In welchem Teil Ihrer Wertschöpfungskette unterscheiden sie sich am stärksten vom Durchschnitt der Branche? In aller Regel sind die Antworten, die wir hier bekommen, oberflächlich und nicht ausreichend.

Menschen auswählen: Die wichtigste Führungsaufgabe überhaupt. Wie attraktiv ist Ihr Unternehmen für gute Leute? Leider ist die Auswahlpraxis in neun von zehn Unternehmen in einem miserablen Zustand. Für Ziele sorgen: Viele unnötige Management-Modewellen haben zu einem regelrechten Messwahn geführt und individuelles Urteilsvermögen verdrängt. Vergessen Sie nie: Je wichtiger ein Thema, desto weniger lässt es sich messen. Fordern und fördern: Wie viel Zeit verwenden Sie auf die Begleitung Ihrer Mitarbeiter? Regelmäßiges, professionelles Feedback ist sehr wichtig. In diesem Sinne wird gute Führung zu dem entscheidenden Wettbewerbs- und Differenzierungsfaktor der nächsten zehn Jahre. Wer die skizzierten Aufgaben professionell erledigt, hat beste Chancen, sich im härter werdenden Wettbewerb zu behaupten.

www.schumacherbaumanns.com